

Die Cuxhavener
Ratsfraktion
27476 Cuxhaven
Hans-Leip-Str. 27



Cuxhaven, 29.08.2016

Presseerklärung

Warum wir nicht über 180 Millionen jubeln!

Am 01. September wird im Schloss Ritzebüttel feierlich ein Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Cuxhaven unterschrieben. Für die Ratsfraktion, „Die Cuxhavener“, hat Rüdiger Kurmann in einer Presseerklärung dargelegt, warum sie nicht in den allgemeinen Jubel einstimmen. Kurmann: „Das Land gibt uns rund 180 Millionen als „Stabilisierungshilfe“. Angefangen haben die Verhandlungen vor über 5 Jahren unter dem Titel „Zukunftsvertrag“ oder auch „Entschuldungsvereinbarung“. Da aber Restschulden bei der Stadt in Höhe von rund 140 Millionen verbleiben werden, ist es eben keine wirkliche Entschuldung. Selbstverständlich ist Verwaltung und Politik in dieser Stadt dafür verantwortlich, dass so viele Schulden aufgetürmt worden sind. Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass das rechtswidrig ist, trotzdem hat das Land unseren Haushaltsentwürfen immer wieder zugestimmt. Wenn man aber weiß, dass in der Bundesrepublik Deutschland über 30 verschiedene Steuern und Abgaben erhoben werden, fragt man sich, wo das Geld bleibt. Bei den Städten und Gemeinden eher nicht. Der Tourismus in Cuxhaven setzt so viel Geld um, dass jedes Jahr allein aus dem Tourismus in Cuxhaven über 200 Millionen Umsatzsteuer nach Berlin fließen. Zurück bekommen wir davon aber gerade mal 1%. Deshalb sind „Die Cuxhavener“ der Meinung, dass mit den 180 Millionen wir nur einen Teil des Geldes bekommen, das uns zustehen würde, wenn die Steuern gerechter zwischen Bund, Land und Gemeinden verteilt würden. Ein weiterer Grund, warum wir nicht jubeln, ist die Tatsache, dass wir alle „zur Kasse gebeten“ werden, weil die Gewerbesteuern und die Grundsteuern erhöht werden. Die Grundsteuererhöhung tragen, nebenbei gesagt, auch die Mieter über ihre Nebenkosten. Der besagte Vertrag enthält auch eine Klausel, dass der Grundsteuerhebesatz in Cuxhaven zukünftig automatisch ansteigen soll, wenn er im Landesdurchschnitt ansteigt. Diese Klausel dürfte rechtswidrig sein. Das werden wir rechtlich überprüfen lassen, wenn es eine weitere Erhöhung der Grundsteuer gibt. Vollkommen daneben sind die Vorgaben bei der Gewerbesteuer. Die Entscheidung, sie noch einmal zu erhöhen, ist für mögliche Firmenansiedlungen ein falsches Signal. Der Vertrag ist auch undeutlich in Bezug auf die Gewerbesteuer. Es sollen 2 Millionen mehr eingenommen werden. Bereits in 2015 sind aber die Einnahmen aus der Gewerbesteuer um ein Mehrfaches gestiegen. Konsequenter wäre auf die Erhöhung zu verzichten. Und schließlich jubeln „Die Cuxhavener“ nicht, weil der „Knebelvertrag“ mit dem Land in den nächsten Jahren kaum Investitionen zulässt. Dabei müssten wir dringend in Schulen, Straßen, Sportstätten... investieren. Es muss eine Regelung in den Vertrag, dass vorhandene Mehreinnahmen sowohl in die Schuldentilgung fließen, als auch für dringend notwendige Investitionen genutzt werden dürfen.“

Pressekontakt: Rüdiger Kurmann
Die Cuxhavener – Wählergemeinschaft politisch unabhängiger Bürger